



Der Toyota RAV4 war 1994 einer der ersten SUVs in Europa. Foto: OSX

Zu Tode gesiegt

Interview mit Ulrich Brand über die „imperiale Lebensweise“



Foto: Privat

Ulrich Brand

Ulrich Brand und Markus Wissen haben den Begriff „imperiale Lebensweise“ geprägt und im Jahr 2017 ein seitdem viel zitiertes Buch dazu veröffentlicht. Werner Rätz von der ila verfolgt die Debatte um das Konzept schon seit geraumer Zeit und hat Ulrich Brand einige kritische Nachfragen gestellt.

Der Begriff der imperialen Lebensweise ist inzwischen allgegenwärtig und nicht immer hat man dabei den Eindruck, dass er allzu scharf benutzt wird. Kannst du kurz die zentralen Gedanken erklären?

Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise wollen Markus Wissen und ich thematisieren, dass unser alltägliches Leben, insbesondere Produktion und Konsum, nur deshalb möglich ist, weil die Menschen im globalen Norden ständig auf die billigen Arbeitskräfte und die billigen Ressourcen von andernorts zurückgreifen. Das betrifft Regionen und Bereiche innerhalb unserer Gesellschaft – denken wir an die industrielle Produktion von Fleisch und die dortigen unethischen Verhältnisse gegenüber Tieren oder ausbeuterische Arbeitsverhältnisse, oder an die Pflegearbeit durch schlecht

bezahlte Migrant*innen. Insbesondere ist es aber der Zugriff auf Ressourcen und billige Arbeitskraft in anderen Teilen der Welt. Der Reichtum der entwickelten Staaten insgesamt und vieler Menschen dort basiert im globalen Kontext wesentlich auf dieser Ausbeutung. Das ist allerdings den meisten nicht bewusst beziehungsweise wird ignoriert. Für die einen entsteht so materieller Wohlstand, die reicheren Gesellschaften haben aber oft auch bessere öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Für die anderen bedeutet es eine fortschreitende Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und eine Verfestigung von Abhängigkeitsverhältnissen.

Diese Lebensweise hat sich im globalen Norden durch den Globalisierungsprozess der letzten 30 Jahre gerade auch durch die Digitalisierung mit ihrem hohen Ressourcenverbrauch vertieft. Systematisch greifen die Menschen auf Ressourcen, auf High-Tech-Geräte, aber auch auf Kleidung, Autos, Nahrungsmittel und anderes zu, die unterbezahlte Arbeitskräfte andernorts produzieren. Subjektiv erleben das viele Menschen als Wohlstand. Das betrifft auch die Mittelklassen in einigen Ländern des globalen Südens. In Lateinamerika war das bereits in den 50er- und 60er-Jahren der Fall, heute sind es Länder wie Indien oder China. Darin liegt eine unglaubliche Wucht der Ressourcennutzung und der kapitalistischen Dynamik.

Wir wollen mit dem Begriff auch zeigen: Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, nicht alle können an ihr teilhaben. Gleichzeitig entfaltet sie eine starke Anziehungskraft auf all jene, denen die Teilhabe bislang verwehrt war. Indem sie sich global ausbreitet, geht sie ihrer eigenen Existenzgrundlage verlustig. Die Regionen, in denen sich die imperiale Lebensweise ausbreitet, fallen nicht nur als Außen des globalen Nordens weg. Sie werden

selbst von einem Außen abhängig, auf das sie ihre Kosten verlagern können. In der Konsequenz verschärfen sich öko-imperiale Spannungen innerhalb des globalen Nordens ebenso wie zwischen diesem und dem globalen Süden. Dein Eindruck, dass der Begriff nicht immer trennscharf verwendet wird, stimmt wohl. Es handelt sich ja um eine Heuristik, um eine begriffliche Annäherung an den globalen Kapitalismus.

Etwa ein Viertel der Erwachsenen in Deutschland lebt in Haushalten ohne Auto. Mehr als ein Drittel unternimmt keine Urlaubsreisen, auch nicht im Inland. Leben also auch die Armen in den früh industrialisierten Ländern auf Kosten der Menschen in den arm gemachten Ländern?

Ja und Nein. Zum einen wollen wir mit dem Begriff der imperialen Lebensweise zeigen, dass alle Menschen in den Ländern des globalen Nordens Teil des globalen Ausbeutungssystems sind, ob sie wollen oder nicht. Gleichzeitig gibt es große Unterschiede, vor allem entlang des Einkommens. Menschen mit höherem Einkommen und einem entsprechend höheren „ökologischen Fußabdruck“ reproduzieren die imperiale Lebensweise stärker. Sie hat also deutlich eine Klassendimension. Was aber auch wichtig ist: Die imperiale Lebensweise gibt es, wie bereits gesagt, ebenso innerhalb der Länder wie Deutschland, nämlich als Ausbeutung von Mensch und Natur. Die Frage der Urlaubsreise ist einerseits abhängig von ungleichen Einkommen, denn jeder Mensch sollte natürlich die Möglichkeit für einen auskömmlichen Urlaub haben. Es ist aber auch eine Frage, warum Urlaub überhaupt am Geldbeutel hängt. Wir könnten uns auch vorstellen, dass das Recht auf Urlaub gesellschaftlich organisiert wird, dass also Menschen mit wenig Einkommen trotzdem in den Urlaub fahren können. Drittens ist es eine kulturelle Frage, warum es Menschen mit hohem Einkommen cool finden, mehrfach im Jahr und ökologisch aufwendig mit dem Flugzeug dreitägige Kurzurlaube zu machen. Wir betonen zudem, und das ist politisch wichtig, dass der in die kapitalistische Gesellschaft eingelassene Zwang zur imperialen Lebensweise nicht notwendigerweise als solcher empfunden wird. Denn er geht durchaus einher etwa mit Arbeiterleichterungen, mehr Komfort und einer größeren Mobilität.

Das ältere Konzept des „globalen Südens und Nordens“ adressiert Menschen ja deutlich als solche, die einen Lebensstil auf Kosten anderer Menschen und natürlicher Ressourcen pflegen und solche, die vom Zugang zu ausreichenden Lebensmöglichkeiten systematisch abgeschnitten sind. Erstere leben im „globalen Norden“, auch wenn ihr Wohnort Manila oder Rio oder Haiti ist, und letztere leben im „globalen Süden“, auch wenn sie in London, Wien oder New York wohnen, es gibt also weder im globalen Süden noch im globalen Norden so etwas wie „Länder“, sondern das Konzept differenziert systematisch innerhalb von allen Ländern im globalen Maßstab. Warum seid ihr nicht dabei geblieben?

Wir verwenden die Begriffe „globaler Norden“ und „globaler Süden“, weil wir genau diesen Zusammenhang anzeigen wollen. Das unterscheidet unser Buch von Stephan Lessenichs „Externalisierungsgesellschaft“, worin argumentiert wird, dass es im Norden besser geht, wenn es im Süden schlimmer ist (das Argument hat er übrigens längst verfeinert). Das genau ist nicht unser Punkt. Die Mittelschichten und sowieso die Oligarchien im globalen Süden leben die imperiale Lebensweise oder wollen zumindest dahin aufsteigen. Dies geschieht zu Lasten der

Bevölkerung im eigenen Land und vor allem mit immer größer werdender Naturzerstörung. Die ökologische Gefahr hat heute eine globale Dimension. In gewisser Weise siegt sich die imperiale Lebensweise „zu Tode“. Und sie produziert in Zeiten der Krise ein Paradox, das es politisch in sich hat. Vor allem im globalen Norden wirkt diese Lebensweise in Zeiten der Krise stabili-

Klimagerechtigkeit

Klimagerechtigkeit ist ein Konzept, das aus indigenen Widerstandsbewegungen in den USA hervorging und dessen Definition nicht eindeutig ist. Aus einer indigenen Perspektive wird die (neo)koloniale Ausbeutung von Land und Erde angeprangert. Ausgehend von einem intersektionalen Ansatz, der auf die Verflechtungen von Diskriminierungsformen wie Rassismus, Sexismus und Klassismus hinweist, soll eine klimapolitische Lösung gefunden werden. Es geht nicht nur um Umweltzerstörung, sondern auch um die damit zusammenhängenden sozialen Veränderungen. Dem Begriff Klimagerechtigkeit liegt ein antikapitalistisches Verständnis zugrunde. Schließlich soll damit, anders als in den Debatten, die sich lediglich mit Klimaschutz befassen, auf die Notwendigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Veränderung, weg von dem ausbeuterischen kapitalistischen System, hingewiesen werden.

Der Klimawandel betrifft Menschen an unterschiedlichen Orten der Welt auf verschiedenste Art und Weise. Meist leiden die Menschen, die am wenigsten dazu beigetragen haben, am meisten darunter. Reiche Industriestaaten profitieren wirtschaftlich gesehen von neokolonialen Verhältnissen. Aufgrund globaler Zusammenhänge ist deshalb eine internationale Vernetzung unter Klimaaktivist*innen wichtig, um voneinander zu lernen, Strategien auszutauschen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Doch hierbei bekommen Klimabewegungen im globalen Süden wenig mediale Aufmerksamkeit, obwohl sie bedeutende Klimakämpfe führen und Klimaaktivist*innen für ihren Widerstand teilweise mit dem Leben zahlen.

Das Konzept der Klimagerechtigkeit findet in Teilen des europäischen Klimaaktivismus Beachtung. Dazu gehört auch, auf Ausschlussmechanismen innerhalb der eigenen Klimabewegung zu achten. Es gibt berechtigte Kritik daran, dass sie in Deutschland vor allem weiß, jung und akademisch, kurz zu wenig inklusiv, ist. Schließlich geht es bei Klimagerechtigkeit nicht nur um Nord-Süd-Zusammenhänge, sondern auch darum, die Bedürfnisse von Menschen zu berücksichtigen, deren Lohnarbeit von klimaschädlichen Prozessen abhängt und die sich in einer prekären ökonomischen Situation befinden. Die Suche richtet sich also auf soziale und ökologische Lösungen. Reformen zu Gunsten des Klimaschutzes dürfen nicht auf Kosten von Menschen mit niedrigem Einkommen stattfinden.

LENA HERZOG

<http://www.ausgeco2hlt.de/wp-content/uploads/2017/08/Wurzeln-Im-Treibsand.pdf>
<https://taz.de/Diversitaet-beim-Klimaprotest/!5645995/>

sierend, denn die relativ billigen Lebensmittel werden über den Weltmarkt weiterhin in die Metropolen geschaufelt. Gleichzeitig verschärfen sich andernorts die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen und damit die Ursachen von Konflikten und Flucht.

Und wo ist der Vorteil des Konzepts der imperialen Lebensweise gegenüber einer ganz traditionellen Analyse der Klassenverhältnisse im nationalen und globalen Rahmen?

Es geht uns durchaus um die Analyse von Klassenverhältnissen innerhalb der Länder und international. Doch wir erweitern diese um andere Formen der Ungleichheit, etwa Rassismus oder patriarchale Geschlechterverhältnisse. Was uns zudem besonders wichtig ist, ist der Zusammenhang von kapitalistischer Produktionsweise, der Lebensweise der Menschen, bei aller Unterschiedlichkeit, und der Ausbeutung der Natur. Ein weiterer Aspekt, den wir stark machen, im Vergleich zu vielen Klassenanalysen, ist die Rolle des Staates und der internationalen Politik. Sie sichern einerseits die imperiale Lebensweise ab, andererseits beziehen sich viele Kämpfe gegen die imperiale Lebensweise und für solidarische Alternativen auch auf den Staat und die internationale Politik. Ein letzter Aspekt ist die von uns hervorgehobene Problematik der Hegemonie. Traditionelle Klassenanalysen gehen oft von einem Oben und Unten aus, von ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen. Wir wollen zeigen, dass auch die ausgebeuteten Klassen, wenn auch sehr unterschiedlich, an der imperialen Lebensweise partizipieren.

Ihr kritisiert „die Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung im globalen Norden eingelassen sind“. Sind diese drei Ebenen tatsächlich vergleichbar oder gilt weiterhin die Marx'sche Analyse, dass die Produktionsverhältnisse die Distributionsverhältnisse und Konsumgewohnheiten zutiefst beeinflussen, ja prägen?

Das ist ein wichtiger Punkt. Wir verwenden den Begriff der kapitalistischen Produktionsweise an manchen Stellen im Buch durchaus übergreifend und wollen damit Distribution und Konsum mit einbeziehen. Andererseits verwenden wir sie additiv und wollen dann vor allem auf die Eigenständigkeit der Konsumnormen hinweisen. So hat beispielsweise die durchaus an Marx angelehnte Regulationstheorie argumentiert, dass die Konsumnormen, wie etwa die Nutzung des Automobils oder industrieller Nahrungsmittel, eben nicht nur von der Produktionsseite bereitgestellt werden, sondern Eigenständigkeit gewinnen. Dieses Begehren nach immer neuen und größeren Autos oder billigen Nahrungsmitteln, egal von woher sie kommen, ist durchaus tief verankert und nicht nur Effekt der Werbung. Diese Infrastrukturen sind nicht einfach zu ändern. Umgekehrt ist uns die Betonung der Produktionsweise in der aktuellen Debatte auch deshalb wichtig. Der grüne Diskurs orientiert sich stark am Konsum und an Lebensstilen, „wir“ retten vermeintlich die Welt, wenn alle Produkte „bio“ sind. Doch wir können aus einer kritischen, an Marx geschuldeten Sicht nicht außer Acht lassen, dass die Konsumgüter von mächtigen kapitalisti-

schen Unternehmen produziert werden. Zentral aus unserer Sicht ist es daher, den Blick auch auf die Produktionsseite zu werfen, auf die damit verbundene Profitlogik.

Die imperiale Lebensweise wird also durch politische Entscheidungen, Akkumulationsstrategien von Unternehmen, internationale ungleiche Tauschbeziehungen, institutionalisiert in Handelsabkommen, dominante gesellschaftliche Orientierungen wie „Wachstum“ oder „Fortschritt“ und anderem abgesichert. So hat der US-amerikanische marxistische Agrarsoziologe Philipp McMichael gezeigt, dass das globalisierte Ernährungsregime von immer weniger Saatgut-, Düngemittel-, Handels- und Lebensmittelkonzernen sowie von Supermarktketten organisiert wird. Es sind deren Profitinteressen, aber auch die Interessen vieler Konsument*innen, die von dieser Organisation des globalisierten Ernährungsregimes bedient werden. Während erstere hohe Gewinne einfahren, profitieren letztere von den niedrigen Preisen eines Lebensmittelangebots, das sich von Saisonalitäten und Regionalitäten vollständig entkoppelt hat. Als *food from nowhere* (Essen von nirgendwo) charakterisiert McMichael folglich den Kern des vorherrschenden Ernährungsregimes. Wir könnten das auch für andere gesellschaftliche Versorgungsfelder wie Wohnen, Gesundheit und Mobilität durchspielen.

Wie kommen „wir“ aus der imperialen Lebensweise heraus oder anders gefragt, wer ist das Subjekt, das die imperiale Lebensweise überwinden könnte und müsste?

Wir sind für das Buch und auch in vielen Vorträgen und Aufsätzen immer wieder dafür kritisiert worden, dass wir nicht ein klares Subjekt der Veränderung bestimmen oder einen klaren Mechanismus oder Ansatzpunkt, wie wir aus der imperialen Lebensweise herauskommen. In der Tradition des „radikalen Reformismus“ argumentieren wir, dass es an vielfältigen Orten radikale und sozialökologische Veränderungen geben muss, die zum einen konkret und realisierbar sein müssen und andererseits im Horizont grundlegender Veränderungen stattfinden, etwa der grundlegenden Veränderung bestehender Macht- und Eigentumsstrukturen. Da spielen der Staat und progressive Parteien eine Rolle, kollektive Akteure wie Gewerkschaften, kritische Medien und Öffentlichkeit, sozialökologisch ausgerichtete Unternehmen oder das verantwortliche Handeln der Einzelnen in ihrem beruflichen oder Konsumalltag. Gleichwohl würden wir emanzipatorischen sozialen Bewegungen und den von ihnen geführten Konflikten wohl eine besondere Bedeutung beimessen. Schließlich sie sind eher in der Lage, ganz unverblümt auf die wirklichen Probleme hinzuweisen und Alternativen anzudeuten. Die Fridays-for-Future-Bewegung ist in ihrer Radikalität wichtig; linke politische Parteien sind da viel stärker Ausdruck von Interessenkonflikten, die Linkspartei etwa zwischen sozialökologischem Transformationsprogramm und gewerkschaftlichen Interessen, die Grünen zwischen der Einsicht in grund-

legende Veränderungen und einer Wählerklientel, die ihre Lebensweise erhalten will – eine, die wir als imperiale Lebensweise bezeichnen. Doch das macht politische Parteien nicht unwichtig. Allerdings wird aus ihnen heraus nicht viel kommen. ■



Oekom-Verlag,
Münster 2017, 224
Seiten, 14,95 Euro

VSA, Hamburg 2020,
192 Seiten, 16,- Euro
(erscheint im Mai)